

Marc Müller, Präsident MFE



Politische Zusammenhänge



In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift habt Ihr eine Aufforderung gefunden, Unterschriften für eine Urabstimmung innerhalb unseres Verbandes zu sammeln, mit dem Ziel, unsere Unterstützung für die KVG-Revision «Managed Care» zu unterbinden.

Unter anderem haben die Initianten dieser Unterschriftensammlung in ihrem Begleitschreiben behauptet, die MC-Vorlage gefährde unsere eigene Initiative «Ja zur Hausarztmedizin».

Genau das Gegenteil ist der Fall! Unter dem Druck unserer Initiative haben die Parlamentarier verschiedene unserer Forderungen erst in die MC-Vorlage aufgenommen: die Unabhängigkeit der Netzwerke von den Versicherern, die verstärkte Steuerungsfunktion der Hausärzte usw. ...

Den Beweis dafür kann in der Pressemitteilung der SDA/ATS vom 17.02.2012 nachgelesen werden (ich zitiere wörtlich): «Die SGK-S möchte die Hausärzte stärken. Die Hausarztinitiative oder den direkten Gegenvorschlag dazu hält sie aber nicht für zweckmässig. Sie plädiert für einen indirekten Gegenvorschlag. Das

EDI wird beauftragt, ein mögliches Massnahmenpaket zur Stärkung der Hausarztmedizin auszuarbeiten, einen «Masterplan», der möglichst rasch umgesetzt werden soll.» Weiter unten steht ausserdem: «Auch die umstrittene Managed-Care-Vorlage sieht die Kommissionspräsidentin C. Egerszegi als Teil dieses Massnahmenpaketes.»

Der Druck unserer Initiative wirkt. Am Zustandekommen des hier angekündigten «Massnahmenpaketes» werden wir die wirkliche Bereitschaft der Politik, die Situation der Hausarztmedizin zu verbessern, messen können. Wir sind bereit, mit all unseren Kräften daran mitzuarbeiten!

Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass die Politik nicht nach dem Alles-oder-nichts-Prinzip funktioniert, sondern nach dem Grundsatz des Machbaren, der politischen Mehrheiten und der Kompromisse.

Wir müssen uns deshalb gut überlegen, ob wir die Fortschritte der aktuellen MC-Vorlage gegenüber dem bisherigen Gesetz leichtfertig ablehnen wollen. Wir setzen damit nicht nur unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel, sondern auch den Goodwill der Politik.